

Die Ohnmächtigen

Generationen Den Wohlstand ihrer Eltern, der Babyboomer, werden viele junge Deutsche kaum erreichen. Gegen die Lobby der Alten kommen sie nicht an.

Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, sich aufzuregen. Eine Forderung zu stellen. Zum Widerstand gegen die Alten zu trommeln. So wie man es von jemandem erwarten darf, der sich „Zukunftslobbyist“ nennt.

Doch Wolfgang Gründinger, 32, sagt nur: „Ich will, dass es allen gut geht.“ Die Mütterrente der Großen Koalition hält er für Klientelpolitik zulasten der Jungen. „Aber natürlich gönne ich meiner Mutter die 56 Euro mehr im Monat, wenn sie demnächst in Rente geht. Ich bin doch nicht herzlos.“

Das Auffälligste an Gründinger sind seine orangefarbenen Turnschuhe. An einem warmen Frühlingstag sitzt er in einem Restaurant an der Berliner Friedrichstraße, ein freundlicher junger Mann. Draußen parkt sein Fahrrad.

Seit Jahren tourt Gründinger durchs Land. Hält Vorträge, verfasst Papiere, quält sich durch Studien über das Rentensystem. Gründinger ist zweifellos ein Experte für die Belange der jungen Generation. Aber taugt er auch zum Aktivisten?

Gerade hat er ein neues Buch veröffentlicht: „Alte Säcke Politik“. Das klingt wütend. Tatsächlich ist es ernüchternd. Die Jungen, schreibt er, begegnen in Deutschland einer demografischen Macht: den Babyboomern, ihren eigenen Eltern und deren Altersgenossen also, die zwischen 1954 und 1969 geboren wurden. Die sind nicht nur viele, rund 16,5 Millionen, um genau zu sein, sie nutzten ihre Überzahl auch dazu aus, den Status quo zu zementieren. Ihre Kinder hingegen sind mehrfach gekniffen, glaubt Gründinger: auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rente und der Aussicht, ihre Interessen gegen die Altenlobby durchzusetzen. So weit, so treffend.

Doch Gründinger leitet daraus keine Forderung ab, im Gegenteil: „Es geht nicht darum, die Generationen gegeneinander auszuspielen.“ Schuldzuweisungen führten zu nichts, schließlich beuteten die Alten ihre Kinder ja nicht bewusst aus. Radikal ist anders.

Mit 16 trat Gründinger in die SPD ein. Nach dem Abitur studierte er Politikwissenschaften, promovierte und arbeitet nun als Referent für einen Wirtschaftsverband. Eine Karriere als Berufspolitiker sei für ihn nie infrage gekommen, sagt er. „Ich habe keine Lust, jeden Dienstag im AWO-Café zu sitzen und darüber zu diskutieren, warum man die Einladungen auch per Post



FLORIAN GENEROTZKY / DER SPIEGEL

Jobsuchender Voigt: Seit Monaten nur Absagen

rausschicken muss, weil viele Mitglieder keine E-Mail-Adresse haben“, sagt er. „Für eine Parteikarriere muss man sich erst jahrelang im Ortsverein beweisen. Aber was, wenn man alle paar Jahre umzieht?“

Was ist los mit den Jungen, wenn selbst die Engagierten und Informierten unter ihnen so konfliktscheu sind? Wo es doch genügend Anlass gäbe, sich zu empören:

über die Ignoranz der Politik, die den Babyboomern milliardenschwere Geschenke macht; über das Pech, in einer Zeit erwachsen zu werden, in der das Vermögen ungleicher verteilt ist denn je, und, ja, auch über die Arroganz der Elterngeneration. Warum so zahm?

Die Mehrheit der Jungen ist behütet und materiell sorglos aufgewachsen. Nie hatten

so viele junge Erwachsene in Deutschland einen Hochschulabschluss, nie so viele Möglichkeiten wie heute. Doch viele von ihnen erleben an der Schwelle zum Erwachsensein einen Realitätsschock. Ihnen dämmert, dass nicht nur ihr Berufseinstieg holpriger verlaufen wird als der ihrer Eltern, sondern dass sie zudem in eine ökonomische Großwetterlage geraten sind, in der fast alle Zeichen gegen sie sprechen.

Wer in diesen Tagen Zeitung liest, hat den Eindruck, dass sich ein lange erprobtes Muster umgekehrt hat. Nicht die Jungen schießen gegen die Alten, wie es die 68er oder die Punks taten. Das Gegenteil ist der Fall: Attacken gegen die Nachgeborenen gehören zum Repertoire der Altersgruppe 50 plus wie das Schimpfen übers Wetter und sind längst nicht mehr nur grantigen Rentnern vorbehalten. Die Liste der Vorwürfe von Leitartiklern, Foristen und Chefs ist so lang wie widersprüchlich. Die junge Generation sei faul und fordernd, spießig und verwöhnt. Das Erstaunliche: Die Angegriffenen nehmen all das klaglos hin. Selbst die Jugendorganisationen der Parteien sind in der aktuellen Rentendiskussion auffällig still.

Dabei ist in den USA und anderswo längst eine Debatte darüber entbrannt, dass da wahrscheinlich eine ganze Generation abgehängt ist: diejenigen der sogenannten Generation Y, die zwischen 1980 und 1995 geboren wurden. „Die Jungen stellen fest, dass keine Gerechtigkeit zwischen den Generationen existiert“, sagt der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, „und es ist richtig, dass sie wütend sind.“ Es habe sich ein „perfekter Sturm“ aus Schulden, explodierenden Immobilienpreisen und Arbeitslosigkeit zusammengebraut, der die Ypsiloner mit voller Wucht treffe, diagnostiziert der „Guardian“.

Der Brexit ist exemplarisch für das Dilemma junger Europäer. Die britischen Wähler jenseits der fünfzig, die mehrheitlich für den EU-Austritt stimmten, haben ihrem Land damit eine Entscheidung aufgezwungen, deren Folgen vor allem die tragen, die mehrheitlich in der EU bleiben wollten: die Jungen. Sie trifft aber auch eine Mitschuld, da sie vielfach nicht zur Wahl gingen und die Konsequenzen des Referendums zu spät begriffen.

Es wäre falsch, in Deutschland von einer verlorenen Generation wie in den europäischen Krisenländern zu sprechen. Dafür geht es der Wirtschaft zu gut, dafür ist die Jugendarbeitslosigkeit zu niedrig. Aber es gibt Anzeichen, dass auch hierzulande eine Kluft entsteht zwischen den Babyboomern auf der einen und ihren Kindern auf der anderen Seite, die sich quer durch alle Bildungsschichten und Branchen zieht.

Laut Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat die Lohnungleichheit zwischen Jung und



Wissenschaftlerin Rügner: 14 Verträge in viereinhalb Jahren

STEFFEN JAENICKE / DER SPIEGEL

Alt zwischen 1984 und 2008 zugenommen. Die Reallöhne junger Gutverdiener stiegen in diesem Zeitraum zwar um bis zu 20 Prozent, aber ältere Gutverdiener hatten deutlich größere Zuwächse. Die 25- bis 35-Jährigen am unteren Ende der Einkommensskala verdienen inflationsbereinigt sogar 20 Prozent weniger als gleichaltrige Geringverdiener Mitte der Achtziger.

Das mittlere Haushaltsnettovermögen der 55- bis 64-Jährigen ist zwischen 2010 und 2014 gewachsen, das der 25- bis 34-Jährigen geschrumpft. Jeder Fünfte zwischen 21 und 30 gilt offiziell als arm, aber nur jeder achte Ältere.

Fast jeder Dritte unter 35 Jahren verdient weniger als 10,36 Euro brutto pro Stunde und hat demnach einen Niedriglohnjob, Azubis nicht eingerechnet – das sind erheblich mehr als in jeder anderen Altersgruppe. Junge Beschäftigte haben dreimal so oft einen befristeten Vertrag wie ältere Kollegen. Sie arbeiten besonders häufig als Leiharbeiter.

Es scheint, als löste sich eine lange gültige Gewissheit auf. Die Gewissheit, dass es der nächsten Generation einmal besser gehen wird als der vorherigen. „Die Jungen werden das Wohlstandsniveau ihrer Eltern nicht erreichen“, sagt der Jugendforscher Klaus Hurrelmann, „es geht für sie ums Halten.“

Der Ökonom Thomas Straubhaar prognostiziert: „Die Wahrscheinlichkeit ist gering, dass es der Masse der Jungen gelingt, ein vergleichbares Vermögen aufzubauen wie die Babyboomer.“

Die Babyboomer, glaubt Straubhaar, sind historisch gesehen ein positiver Ausnahmefall. Sie sind Glückspilze. „Sie haben ziemlich paradisische Zeiten erlebt. Alle makroökonomischen Voraussetzungen waren zu ihren Gunsten.“ Die Wirtschaft florierte über viele Jahre, die Zinsen waren hoch und die Sozialabgaben vergleichsweise niedrig, auch weil die zahlreichen Babyboomer die Rente der Kriegsgeneration relativ problemlos stemmen konnten. „Heute haben sich die Vorzeichen all dieser Faktoren ins Negative verkehrt“, sagt Straubhaar.

Darüber hinaus hat sich die Arbeitswelt in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch gewandelt: Staatsunternehmen wurden privatisiert, Branchen gerieten ins Straucheln, und zahllose prekäre Jobs entstanden. Die Babyboomer hat das durchaus getroffen, aber die meisten von ihnen waren bereits so etabliert in ihrem Beruf, dass sie nicht völlig aus der Bahn gerieten. Die Jungen hingegen müssen sich ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt erst erkämpfen.

Eigentlich sollte Daniel Voigt, 26, aus Sicht eines Personalchefs der ideale Bewerber sein. Er hat einen Einserabschluss, kein Semester länger gebraucht als vorgesehen und dazwischen noch Prak-

tika bei einer PR-Agentur und einer Marketingfirma und ein Auslandssemester gemacht. Zugegeben, seine Studienfächer Germanistik und Geschichte führten noch nie auf direktem Weg zu Dienstwagen und sechsstelligem Jahresgehalt, aber mit seinen Noten und seiner Zielstrebigkeit, könnte man meinen, sollte er trotzdem ganz passable Chancen bei der Jobsuche haben.

In Wahrheit bekommt Voigt seit Monaten nur Absagen. Er möchte als Volontär oder Trainee bei einer Pressestelle oder PR-Firma im Raum Nürnberg anfangen, ein typischer Einstiegsjob, oft nicht gerade üppig bezahlt. 30 Bewerbungen hat er seit Jahresbeginn verschickt. Nur zweimal wurde er bislang zum Vorstellungsgespräch eingeladen, beide Male hieß es danach: „Vielen Dank für Ihr Interesse. Leider haben wir uns für einen anderen Bewerber entschieden.“

„Ich wusste, dass es nicht leicht wird, einen Job zu finden. Aber dass es so schwer wird, hätte ich nicht gedacht“, sagt Voigt. War das naiv? Vielleicht. Das Problem liegt darin, dass sich der Nachteil seiner Studienwahl kaum durch Engagement ausgleichen lässt, weil es unter all den qualifizierten Bewerbern immer noch einen besser passenden Kandidaten gibt. „Ich habe das Gefühl, dass die Praktika, Nebenjobs und Veröffentlichungen nie ausreichen und Personalchefs erwarten, dass man für ein Volontariat schon mehrere Jahre Berufserfahrung mitbringt“, sagt er.

Voigts Eltern sind nicht wohlhabend, aber gehören doch zur Mittelschicht. Sein Vater ist selbstständiger Versicherungsvertreter, seine Mutter gelernte Apothekenhelferin. „Meine Eltern hatten in meinem Alter mehr erreicht, obwohl sie keine Akademiker sind“, sagt Voigt, „sie hatten eine Doppelhaushälfte, ein Auto und ein Kind.“

Die große Unsicherheit, die viele junge Erwachsene nach dem Studium oder der Ausbildung erleben, wäre halb so schlimm, wenn sie nur eine vorübergehende Episode bliebe. Tatsächlich haben Akademiker wie Daniel Voigt gute Aussichten, spätestens nach einigen Jahren auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Für junge Geringverdiener sehen die Perspektiven sehr viel schlechter aus. Einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge schaffen es nur etwa 40 Prozent der Geringverdiener unter 35, innerhalb von fünf Jahren aus dem Niedriglohnsektor aufzusteigen. Die Mehrheit bleibt über längere Zeit, wozu möglichst dauerhaft, in unterbezahlten Jobs hängen.

Ein schlechter Lohn ist aber nur ein Grund für die prekäre Lage junger Erwachsener. Es sind zeitlich befristete Verträge, die selbst Akademiker über Jahre in einer Spirale der Unsicherheit halten. Nur etwa

jeder dritte Angestellte wird laut einer IAB-Studie nach Ende seiner Befristung übernommen. Ein weiteres Drittel bekommt einen neuen Vertrag auf Zeit – die Unsicherheit geht in die Verlängerung. Der Rest muss sich einen neuen Job suchen.

Selbst im öffentlichen Dienst mit seinen 4,7 Millionen Beschäftigten ist es mittlerweile üblich, Stellen prinzipiell befristet auszuschreiben. 60 Prozent derjenigen, die neu in Ministerien und Kommunen, Stiftungen und Kultureinrichtungen anfangen, erhalten einen Zeitvertrag – und damit wohl überproportional viele Junge. Besonders dramatisch ist die Lage in der Wissenschaft. 90 Prozent aller Nachwuchsforscher haben einen Vertrag, der bestenfalls einige Jahre, manchmal nur wenige Monate läuft. Anfang der Achtziger lag diese Quote noch bei 40 Prozent.

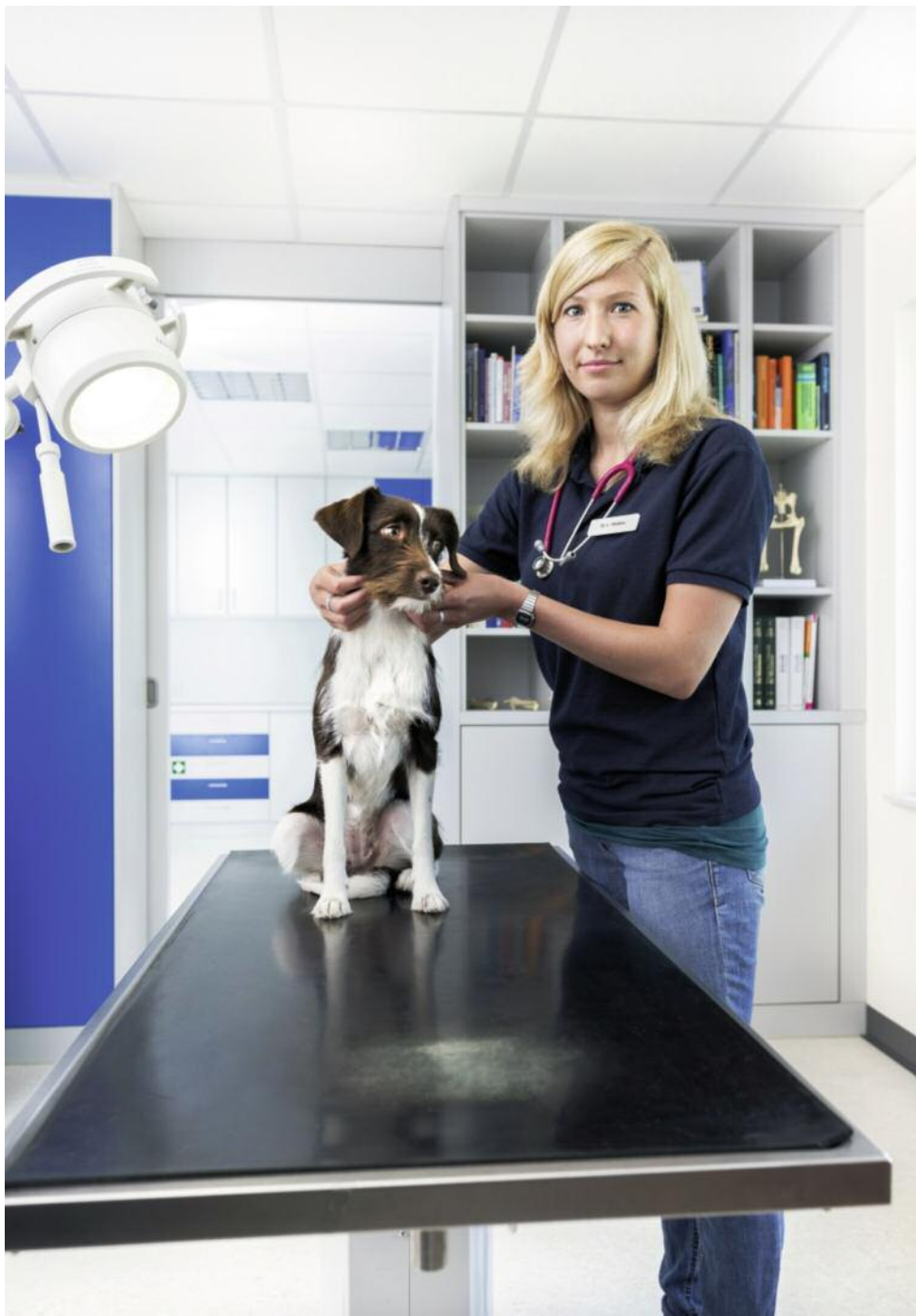
Jana Rüger, 31, hat es in ihrer viereinhalbjährigen Karriere als Forscherin bislang auf stolze 14 Arbeitsverträge gebracht. Rüger ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Umweltmanagement der Universität Leipzig. Sie gibt Seminare, korrigiert Klausuren und forscht über die Frage, wie sich die Wasserversorgung nachhaltig gestalten lässt. Nebenbei schreibt sie an ihrer Promotion.

„Mein Chef bemüht sich sehr darum, dass ich voll bezahlt werde und nicht nur voll arbeite“, sagt Rüger. Das ist im Wissenschaftsbetrieb nicht selbstverständlich. Rüger hat stets mehrere Stellen, die sich wie ein Puzzle zu einem Vollzeitjob zusammensetzen. Einen großen Teil ihrer Zeit verbringt sie nicht mit ihrer eigentlichen Arbeit, sondern damit, Anträge für neue Gelder zu schreiben.

Wie Rüger hangeln sich die allermeisten jungen Wissenschaftler von einem Forschungsprojekt zum nächsten. In der Hoffnung, irgendwann Professorin oder Professor zu werden. Der Anteil der festen Stellen darunter hat sich in den vergangenen Jahren weiter verringert.

Sollte Rüger spätestens sechs Jahre nach ihrer Promotion keine Professur haben, muss sie die Universität voraussichtlich verlassen. „Das Problem ist, dass die Zeit an der Uni in der Wissenschaft nicht zählt“, sagt sie. Eine Ahnung, was ihr bei einem Wechsel blühen könnte, bekam Rüger kürzlich, als sie sich nach möglichen Alternativen umsah. Ein Unternehmen bot ihr für eine Vollzeitstelle im Onlinemarketing 1300 Euro netto.

Gerade in Branchen, die in den letzten Jahren in eine Krise schlitterten oder unter Kostendruck gerieten, ist eine regelrechte Zweiklassengesellschaft zwischen neuen und alten Beschäftigten entstanden, de facto also zwischen Jung und Alt. Die Post und viele öffentliche Nahverkehrsunternehmen haben um die Jahrtausendwende andere Tarifverträge geschlossen, die neue



Tierärztin Wolters: 1300 Euro netto im Monat

Mitarbeiter schlechterstellen als alte. Manche Kommunen machen ihren Verwaltungsnachwuchs nicht länger zu Beamten. Privilegien wie eine private Krankenversicherung oder Pensionsansprüche haben so nur die Etablierten – die Älteren.

Personalchefs berichten, dass die Generation Y schon im Vorstellungsgespräch nach einem Sabbatical und Home-Office-Tagen frage. Junge Programmierer oder Wirtschaftsprüfer mögen solche Forderungen stellen und am Ende auch durchsetzen können. Für die Mehrheit ist das Wunschenken, mehr nicht. Wie auch, wenn sich auf eine Stelle Dutzende bewerben?

Tobias Wesener, 31, wäre nie auf die Idee gekommen, besondere Ansprüche zu stellen. Er war froh, überhaupt einen Job zu bekommen. Wesener hat Geschichte

und Gemeinschaftskunde auf Gymnasiallehramt studiert. Doch als er mit seinem Studium fertig war, gab es in seiner Heimat Sachsen keine Referendarsplätze. Er ging deshalb in die Nähe von Düren, Nordrhein-Westfalen, und machte sein Referendariat. Aber auch da fand er als fertig ausgebildeter Lehrer keine Stelle. Also kehrte Wesener nach Leipzig zurück.

Dort ist er seit zwei Jahren an der 68. Oberschule angestellt, einer Haupt- und Realschule, „fachfremd“ und „schulformfremd“, wie es im Verwaltungsjargon heißt, und unterrichtet Mathematik. Wesener sitzt im Lehrerzimmer des Klinkerbau, die letzte Stunde ist vorbei. Draußen lärmten die Schüler über den Flur. Viele von ihnen kämen aus schwierigen Verhältnissen, erzählt Wesener. Der Unterricht

werde schnell zur Nebensache, es gehe vor allem darum, Erziehung nachzuholen.

Und das für ein Gehalt, das deutlich unter dem liegt, was Wesener mit seiner Ausbildung bekommen könnte. 2000 Euro netto verdient er im Monat. Das sind rund 300 Euro weniger, als ein Gymnasiallehrer in Sachsen bekommt, und mindestens 800 Euro weniger als ein verbeamteter Studienrat in Nordrhein-Westfalen.

Und wenn sich für die junge Generation auf dem Arbeitsmarkt doch irgendwann alles zum Guten wendet? Spätestens wenn die Babyboomer in Rente gehen und die Nachfrage nach Jüngeren steigt? Wäre dann nicht alles gut, zumindest besser?

Die Prognosen von Martin Werdning stimmen nicht besonders optimistisch. Werdning ist Professor an der Ruhr-Universität Bochum und einer der ausgewiesenen Rentenexperten des Landes. In einer Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hat er ausgerechnet, wie sich Beiträge und Rentenniveau in den kommenden Jahrzehnten entwickeln könnten. Bereits 2030, in 14 Jahren also, werden in Deutschland halb so viele Rentner wie Erwerbstätige leben. 2060 wird sich das Verhältnis noch stärker zugunsten der Rentner verschoben haben, auf 63 zu 100. Bis dahin werden viele Ypsiloner voraussichtlich arbeiten.

Wenn sich am aktuellen System nichts ändert, so Werdnings Prognose, müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Jahr 2060 mehr als ein Viertel des Bruttogehalts in die Rentenversicherung einzahlen (aktuell sind es 18,7 Prozent). Insgesamt könnten die Sozialabgaben bis dahin auf 50 Prozent anwachsen, glaubt Werdning. Den Ypsilonern und den noch Jüngeren bliebe somit dramatisch weniger Netto vom Brutto. Gleichzeitig bekämen die Alten der Zukunft nur eine Rente von rund 41 Prozent des Durchschnittslohns.

Das Erschreckende: Selbst wenn die Politik Reformen beschließt und die Deutschen etwa länger arbeiten, würde das die Beiträge nach Werdnings Berechnungen nur um einen oder zwei Prozentpunkte nach unten drücken.

Die Forderung von SPD und CSU, das Rentenniveau in den kommenden Jahren nicht wie geplant zu senken und damit eigentlich schon beschlossene Reformen zurückzudrehen, hält Werdning für falsch. „Ein fallendes Rentenniveau trifft natürlich die Babyboomer. Aber das ist fair, denn sie haben relativ niedrige Beiträge gezahlt, verglichen mit dem, was den nachfolgenden Generationen bevorsteht.“

Die Babyboomer seien die erste Generation, die massenhaft von Altersarmut bedroht sei, heißt es häufig. Die Forschungslage widerspricht dem klar. Prognosen zufolge wird der Anteil der Rent-

STEFFEN JÄNICKE / DER SPIEGEL

ner, die Grundsicherung beziehen – in der Regel etwas mehr als den Hartz-IV-Satz –, bis 2030 im schlechtesten Fall auf rund fünf Prozent steigen. Viele Babyboomer können im Alter von komfortablen Rücklagen zehren. Die Hälfte von ihnen besitzt eine Immobilie, 130 000 Euro Vermögen haben die 55- bis 64-Jährigen im Mittel pro Haushalt angehäuft.

Im Gegensatz dazu machen es die aktuellen Niedrigzinsen den Jungen schwer, ihr Geld zu mehren und sich ein finanzielles Polster fürs Alter zuzulegen. Einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey zufolge muss ein 30-Jähriger heute doppelt so viel zur Seite legen, um genauso viel anzusparen wie seine Eltern, wenn die Renditen, wie es die Experten prognostizieren, künftig Jahr für Jahr um rund zwei Prozentpunkte niedriger ausfallen.

Aus eigener Kraft, dafür spricht vieles, werden viele junge Erwachsene finanziell nichts reißen können. Die Herkunft, das Geld der Eltern und die Frage, ob man später einmal erbt, wird für diese Generation wichtiger werden als je zuvor. Die Ungleichheit zwischen Arm und Reich könnte sich noch einmal verschärfen.

So gesehen hat Leonie Wolters Glück. Die 29-Jährige stammt aus einer Arztfamilie. Ihr Vater ist Dermatologe, ihr Onkel Allgemeinmediziner. Sie ist in einem wohlhabenden Stadtteil von Hannover aufgewachsen. Nach dem Abitur setzte Wolters die Familientradition fort, sie studierte Tiermedizin und promovierte. In anderer Hinsicht kann sie nicht an ihre Herkunft anknüpfen: wenn es ums Geld geht.

Seit zwei Jahren arbeitet Wolters in einer Kleintierpraxis im niedersächsischen Vechelde. An diesem Wochenende ist sie für den Notdienst eingeteilt, ihre Schicht geht von Freitagabend bis Montagmorgen, rund um die Uhr. Gerade hat sie eine Mischlingshündin verarztet, die sich beim Schwimmen im See am Bein verletzt hat. Jetzt macht sie im Garten Pause.

1300 Euro netto im Monat verdient Wolters mit ihrer 30-Stunden-Woche. Für ein eigenes Auto reicht das nicht. Das aber benötigt sie, weil sie 60 Kilometer zur Arbeit pendelt. Deshalb fährt sie ein Auto, das ihrem Vater gehört. Der half auch aus, als der Wagen kürzlich einen Satz neue Reifen brauchte. „Die Unterstützung, die

ich von zu Hause bekomme, ist riesig“, sagt Wolters, „aber natürlich ist es mir auch wahnsinnig unangenehm, dass ich sie mit fast dreißig noch nötig habe.“

Die Generation 50 plus ist mächtig. Ihre Vertreter sitzen in Vorstandsetagen und Parteispitzen, in Verbänden und Chefredaktionen. Sie ist außerdem laut. Ein Teil demonstriert gegen neue Bahnhöfe und Windräder, ein Teil beschimpft die Medien als „Lügenpresse“, häufiger jedenfalls als die Jungen. Warum aber sind die Jungen so leise?

Wer eine Antwort darauf sucht, findet sie im Deutschen Bundestag. Wenn man die CSU-Abgeordnete Emmi Zeulner fragt, von welchen politischen Entscheidungen explizit die Jüngeren profitieren, fallen ihr erst einmal nicht viele ein. Der Pflegevorsorgefonds sei ein Zukunftsprojekt, sagt Zeulner schließlich. 1,2 Milliarden Euro lege man dafür jährlich zurück – für die Zeit, in der die Babyboomer pflegebedürftig sein werden. „Wir dürfen keinen Keil zwischen die Generationen treiben“, sagt Zeulner, „Politik bedeutet, Entscheidungen für das Heute und für das Morgen zu treffen.“ Aber die Probleme der Älteren seien eben akut und müssten deshalb aktuell gelöst werden.

Zeulners Zurückhaltung zur Generationenfrage ist deshalb bemerkenswert, weil sie mit 29 nicht nur das jüngste Mitglied ihrer Partei im Bundestag ist, sondern auch stellvertretende Vorsitzende der „Jungen Gruppe“, eines losen Zusammenschlusses aller Unionsabgeordneten, die bei der letzten Bundestagswahl unter 35 waren. Zeulner und ihre Mitstreiter wollen nach eigenen Angaben für eine „nachhaltige und zukunftsgerichtete Generationenpolitik“ kämpfen.

Als die Große Koalition vor zwei Jahren ihr Rentenpaket beschloss, protestierte die Junge Gruppe zwar, fügte sich aber schließlich der Fraktionslinie. Denn ihr Gewicht ist gering. Weil die meisten Jungabgeordneten erst seit Kurzem im Bundestag sitzen, sind sie weniger vernetzt und werden von ihren etablierten Kollegen kritisch beäugt. Im Fraktionssaal sitzen Neulinge wie Zeulner in der letzten Reihe. Und seit dem Tod des schillernden ehemaligen Vorsitzenden Philipp Mißfelder ist auch der Einfluss der Jungen Union geschwunden.

Ein parteiübergreifendes Netzwerk für die Interessen der jungen Generation gibt es im Bundestag nicht. Die Forderungen der Abgeordneten um die dreißig klingen zwar sehr vernünftig, aber auch sehr gemäßigt. Mahmut Özdemir (SPD), 29, will Kettenbefristungen verbieten, die vielen Berufseinsteigern zu schaffen machen, „denn wenn die Jungen auf dem Arbeitsmarkt keine Sicherheit haben, können sie auch den Älteren keine Sicherheit geben“. Sven-Christian Kindler (Grüne), 31, fordert eine Rentenversicherung, in die nicht nur Angestellte, sondern auch Selbstständige, Beamte, Abgeordnete und Spitzenverdiener einzahlen.

Womöglich sind die jungen Politiker auch deshalb so angepasst, weil sie wissen, wie leicht man die Alten verärgern kann. So wie es vor ein paar Jahren der CDU-Politiker Jens Spahn, 36, erlebte. Spahn hatte es damals gewagt, eine außerplanmäßige Rentenerhöhung zu kritisieren. Der Vorsitzende der Senioren-Union Nordrhein-Westfalen tadelte Spahns Äußerungen daraufhin als „unerträglich“ und drohte, seine Kandidatur bei der nächsten Bundestagswahl zu verhindern.

Auch Lencke Steiner (FDP), 30, hat schon den ein oder anderen Shitstorm erlebt. „Sie glauben gar nicht, wie gut das auch Ältere können“. Als ehemalige Vorsitzende des Wirtschaftsverbands „Die Jungen Unternehmer“ wird sie regelmäßig als Vertreterin der jungen Generation in Talkshows eingeladen. Seit 2015 ist Steiner Fraktionsvorsitzende der FDP in der Bremer Bürgerschaft. Schon als Verbandschefin habe sie bei unzähligen Gesprächen mit Bundestagspolitikern festgestellt, wie wenig Gewicht die Belange der Jungen haben, sagt Steiner. Stattdessen habe sie häufig zu hören bekommen, dass sie „dieses oder jenes ja noch nicht wissen könne“.

Gänzlich frei von den politischen Realitäten kann sich Steiner nicht machen. Auf die Frage, ob die Liberalen, die vor dem Brandenburger Tor schon einmal einen Eisblock in Form des Wortes „Generationenvertrag“ schmelzen ließen, nun die Partei der Jungen seien, zögert Steiner. „Nicht nur“, sagt sie. Man setze auf „generationenübergreifendes Denken“. Auch die FDP will von Älteren gewählt werden.

Es gibt noch eine weitere Erklärung dafür, warum die Jungen den Generationenkonflikt scheuen: Sie mögen ihre Eltern. Die sind für sie Ratgeber und Freunde, keine Gegner. Verständlich, dass es da schwerfällt, sich über die Rente der Eltern zu empören.

Jugendforscher Hurrelmann spricht von einer „strategischen Allianz“ zwischen den Generationen. Strategisch sei sie deswegen, weil junge Erwachsene sicher sein könnten, dass sie sich im Zweifelsfall auch

Im Hintertreffen

Generation Y auf dem Arbeitsmarkt

Niedriglohnjobs*

Anteil in Prozent bei ...
15- bis 34-Jährigen



45- bis 54-Jährigen



* ohne Azubis

Befristete Jobs

Anteil in Prozent bei ...
unter 35-Jährigen



35-Jährigen und Älteren



Leih- oder Zeitarbeit

Anteil in Prozent bei ...
unter 35-Jährigen



35-Jährigen und Älteren



Quellen: Statistisches Bundesamt; DGB

DER SPIEGEL



Lehrer Wesener: Froh, einen Job zu haben

finanziell auf ihre Eltern verlassen können. „Sie wissen: Wenn ich falle, fangen mich meine Eltern auf“, sagt Hurrelmann, „sie haben das Gefühl, schon irgendwie durchzukommen.“ Deshalb äußerten sich die Jungen in Umfragen wie der Shell-Studie mehrheitlich optimistisch über ihre Zukunft. Seit 2006 ist ihre Zuversicht kontinuierlich gewachsen.

Die einstigen Krisenkinder (SPIEGEL 25/2009) haben die Wirtschaftsrezession, die mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers ihren Anfang nahm, verhältnismäßig heil überstanden. Junge Deutsche werden nicht von College-Schulden erdrückt wie ihre Altersgenossen in den USA. Sie sind nicht gezwungen, auch mit

30 noch bei ihren Eltern zu wohnen wie ihre südeuropäischen Freunde.

Aber womöglich lenkt die derzeit gute Wirtschaftslage davon ab, was dieser Generation bevorsteht. Der demografische Wandel, steigende Sozialabgaben und Niedrigzinsen machen sich erst allmählich bemerkbar, schmerzen erst auf lange Sicht. Und was die Liberalisierung des Arbeitsmarkts für die eigene Biografie bedeutet, werden viele womöglich erst spüren, wenn eine Rezession kommt und die Ypsiloner als Erste ihren Job verlieren.

Andererseits können die Jungen die Babyboomer schlecht persönlich verantwortlich machen. Deren Streben nach Wohlstand und Sicherheit ist ja nicht verwerflicher als der Wunsch der Jungen danach. Als Einzelne müssen sie sich ohnehin ar-

rangieren. Sie können das vermutlich auch besser als alle Generationen vor ihnen. Sie sind es gewohnt, dass sich die Welt laufend verändert, und sind deshalb flexibler als ihre Eltern.

Es kommt also auf sie selbst an, auch weil sie die Verbundenheit der Älteren nicht überschätzen dürfen. „Die Solidarität der Generationen ist eine dynastische“, schreibt Zukunftslobbyist Wolfgang Gründinger, „sie gilt nur der eigenen Familie.“ Von ihr profitiert nur ein Teil der Jungen: diejenigen mit wohlhabenden Eltern.

Es gibt kein Recht darauf, dass es jeder Generation noch ein bisschen besser geht als der vorherigen. Aber eines zumindest kann die junge Generation erwarten: Fairness. Natürlich will niemand den Alten etwas wegnehmen. Sie haben Ansprüche erworben, die gelten. Aber wissentlich und willentlich den Jungen Lasten aufzubürden, die sie kaum schultern können, wäre mindestens genauso ungerecht.

Das kann nicht davon abhängen, ob Junge oder Alte als Wähler mächtiger sind. Deshalb wäre es beispielsweise angebracht, eine Generationenklausel zu verabschieden. Einen Mechanismus, der alle Gesetze darauf prüft, ob sie künftigen Generationen schaden, und diese im Zweifelsfall blockiert – ähnlich wie die Schuldenbremse das Haushaltsdefizit des Bundes begrenzt. Politisch ist das überfällig.

Die Pflicht der Jungen ist es allerdings auch, dass sie Verantwortung übernehmen. Sie müssen sich um ihre Finanzen kümmern, um die Altersvorsorge. Es ist sympathisch, dass ihnen persönliche Erfüllung und ein glückliches Privatleben wichtiger sind als „mein Haus, mein Auto, mein Boot“. Doch auch sie werden einmal feststellen, wie befreiend finanzielle Sorglosigkeit sein kann und wie sehr die Angst lähmt, später einmal arm zu sein.

Deshalb müssen die Ypsiloner allmählich anfangen, sich als echte Generation zu verstehen. Dann können sie auch ihre Stärken besser ausspielen. Dass sie wenige sind, zum Beispiel. In ein paar Jahren werden die Babyboomer ihre Arbeitsplätze räumen und die Unternehmen mehr denn je auf die Jungen angewiesen sein. Das ist der Zeitpunkt, an dem es gilt, Interessen durchzusetzen und sich nicht mehr gefallen zu lassen, dass Arbeitgeber junge Beschäftigte schlechterstellen als ältere.

Dieser Generation bleibt gar nichts anderes übrig, als auf ihre Art radikal zu sein. Radikal pragmatisch.

Ann-Katrin Müller, Ann-Kathrin Nezik,

Ruben Rehage

Mail: ann-kathrin.nezik@spiegel.de



Video:

Geld von Papa mit 29

spiegel.de/sp282016generation
oder in der App DER SPIEGEL